

Lokal · Sozial · Engagiert

WORTlaut

Das Dialogmagazin der SPD Vahrenwald-List



Schwerpunkte dieser Ausgabe:

- Interview mit Heiko Geiling zur Erneuerung der SPD
- Matthias Miersch zur Erneuerung der SPD
- Jubilarehrung
- Berichte aus dem Landtag, Stadtrat und Bezirksrat

Inhaltsverzeichnis

Editorial	3
Zum Erneuerungsprozess – ein Gastbeitrag von Matthias Miersch	5
Ein kritischer Blick – Fragen an Heiko Geiling	8
Aus dem Landtag	12
Aus dem Stadtrat: Mehr als 10 Millionen Euro für eine starke Stadtgesellschaft	15
310 Jahre SPD Mitgliedschaft	18
Aus der Bezirksratsfraktion	19
Eiswette	23
Einladungen und Termine	24
Kontakte	26

Foto auf dem Umschlag: ROTheute

Editorial

Liebe Genossinnen und Genossen,

Erneuerung war das Schlagwort nach der Bundestagswahl 2017. Doch ein Erneuerungsprozess als Juniorpartnerin in einer ungeliebten Großen Koalition ist ein



*Thilo Scholz,
OV-Vorsitzender*

schwieriges Unterfangen: Mindestens ein Drittel der SPD-Mitglieder lehnt die Regierungsbeteiligung ab, die programmatische Erneuerung wird nur zu schnell vom tagespolitischen Klein-Klein des Regierungshandelns konterkariert, das Wiedererlangen von verlorener Glaubwürdigkeit ist ein langjähriger und kontinuierlicher Prozess, der

von als integrier und unverbraucht wahrgenommenen Personen gestaltet werden muss etc. pp.

Vor diesem Hintergrund erscheint der Erneuerungsprozess als Sisyphusarbeit. Für die Regierungsarbeit ist erfahrenes Personal nötig, für eine programmatische Neuausrichtung ein Diskurs in kritischer Solidarität frei von „Sachzwanglogik“ (siehe auch das Interview mit Heiko Geiling auf S. 7).

Doch diese gefällige Analyse greift zu kurz. Erstens sind gerade von unserer Vorsitzenden Andrea Nahles bisherige Tabus in Frage gestellt worden. HARTZ IV müsse überwunden werden, ohne jene Elemente der Reform zu gefährden, die erfolgreich seien. Auch in der Gesundheits- oder Rentenpolitik beispielsweise zeichnen sich Weiterentwicklungen ab, die überfällig sind. (siehe auch den Artikel von Matthias Miersch auf S. 5).

Zweitens hat die SPD in den vergangenen Jahren viele Krisen überstanden. Erinnerung sei an die tiefe Depres-

sion während und nach den sozialpolitischen Reformen, die unter dem Stichwort HARTZ bekannt sind. Nach 2003 gab es große Montagsdemos gegen die SPD, traten zehntausende von Mitgliedern aus Protest aus, gingen Wahlen in Kommunen und Bundesländern reihenweise verloren und es folgte ein Tiefpunkt mit der Bundestagswahl 2009. Was folgte, war ein überraschender, nicht immer durch eigene Leistungen untermauerter Aufschwung der SPD. Große Städte wie Frankfurt oder Hamburg wurden wieder SPD-regiert, Bundesländer wie NRW, Schleswig-Holstein und Niedersachsen bekamen wieder rot-grüne Regierungen.

Auch die Bundestagswahlergebnisse 2013 und 2017 waren so nicht absehbar. Es gab in beiden Wahlkämpfen einen Moment, den die SPD nicht für sich nutzen konnte – vielleicht gerade wegen ihrer mangelhaften programmatischen Erneuerung. Denken wir doch nur an den „Schulz-Effekt“ im ersten Quartal 2017: Alles schien in den Augen der WählerInnen offen, wenn die richtige Partei die richtige Person mit dem richtigen Programm ins Rennen schickt. Aber um das Momentum nutzen zu können, muss die Abfolge stimmen: Die Glaubwürdigkeit muss zurückgewonnen worden sein, das Programm muss stehen und auf der Grundlage erfolgt die Personalauswahl – nicht umgekehrt.

Somit schafft ein beteiligungsorientierter Erneuerungsprozess die Grundlagen für Vertrauen und Weiterentwicklung des Programms, die Voraussetzungen für die später nötigen Personalentscheidungen sind.

Wie schnell ein Momentum entstehen kann, erfährt gerade die CDU mit ihrer Vorsitzendenkür. Es ist also an uns, uns selber und andere zu überraschen und begeistern, anstatt in Sack und Asche zu gehen.

Ich bin der festen Überzeugung, dass zuerst ausgesprochen anstrengende, dann aber sehr erfolgreiche Jahre vor uns Sozialdemokratinnen

und Sozialdemokraten liegen. Für die anstrengenden Zeiten brauchen wir eure Unterstützung: Auf Mitgliederversammlungen, an Infoständen, bei Diskussionen am Kleingartenzaun oder im Treppenaus - oder einfach nur als „stille BeitragszahlerInnen“.

In diesem Sinne wünsche ich euch erholsame Feiertage und einen guten „Rutsch“ ins neue Jahr.

Euer THILO SCHOLZ

Zum Erneuerungsprozess

Die SPD war in der Vergangenheit immer stark, wenn sie Visionen und Antworten auf die großen Fragen der Zeit gab. Sie leitete mit der Ostpolitik die Annäherung zwischen Ost und West ein, als zwischen den Blöcken Eiszeit bestand. Sie wagte mehr Demokratie, als Menschen neue Wege der Beteiligung gehen und alte Zöpfe abschneiden wollten. Sie verhalf vielen zu einem Aufstieg durch Bildung, denen zuvor keine Chance gegeben worden war. Wenn wir anknüpfen wollen an die Erfolge unserer Vergangenheit, müssen wir wieder Hoffnungstifter auf eine bessere Zukunft werden.

SPD erneuern heißt, nicht nur zu sagen, was wir erreichen wollen, sondern konkret zu werden. Wir brauchen große Antworten auf die Herausforderungen unserer Zeit. So können wir Vertrauen in die Gestaltungsmacht von Politik zurückgewinnen. Für nichts weniger diskutieren wir im Zuge der Erneuerung.

Mit den Wenigser Gesprächen im UB Region Hannover haben wir einen Rahmen, in dem gemeinsam mit spannenden Gästen Impulse erarbeitet werden, die wir in den Erneuerungsprozess einfließen lassen. Auch in der Parlamentarischen Linken in der SPD-Bundestagsfraktion, deren Sprecher ich bin, haben wir

Thesen zur inhaltlichen Erneuerung formuliert, die wir nun auf dem Deba©ttencamp präsentiert haben. Die aus meiner Sicht wichtigsten Themen sind folgende:

Der Staat als starker Partner in jeder Lebenssituation



Matthias Miersch

Uns allen wird in der Lebens- und Arbeitswelt viel abverlangt. Dem wollen wir Rechnung tragen und den Sozialstaat auf die Höhe der Zeit bringen. Er muss verständlich

sowie fürsorgend sein und allen mit klaren Regeln, Garantien sowie bürgerfreundlichem Service beiseite stehen. Dazu gehören auch eine auskömmliche Versorgung bei Arbeitslosigkeit und Krankheit, eine gesonderte Kindergrundsicherung und ein starkes staatliches Rentensystem. Mit der Reform sozialer Sicherungssysteme muss selbstverständlich eine Diskussion über die Einnahmen des Staates und die Solidarität aller Einkommensgruppen einhergehen.

Die sozial-ökologische Wende einleiten sowie Arbeit und Umwelt zusammendenken

Wenn wir unsere Gesellschaft jetzt den ökologischen Herausforderungen anpassen, können wir die Klimaziele erreichen und unsere Wirtschaft auf die Zukunft trimmen. Wo sozial-ökologische Politik Transformationsprozesse hervorruft, muss der Staat strukturpolitisch tätig werden und langfristige Perspektiven eröffnen. Das gilt auch für den Wandel der Arbeitswelt durch die Digitalisierung. Mit einem milliardenschweren staatlichen Investitionsprogramm „Zukunft“ zum Umbau der gesamten Infrastruktur sollten wir die Energie-, Mobilitäts-, Landwirtschafts- und

Wärmewende ermöglichen. Finanzieren könnten wir das mit Einsparungen klimaschädlicher Subventionen und steuerlicher Umverteilung.

Deutschland als Stifter von Frieden, Verständigung und internationaler Kooperation

Uns wird es auf Dauer nur gut gehen, wenn sich die Lebensbedingungen weltweit bessern. Wo immer es möglich erscheint, sollten wir eine vermittelnde Rolle bei Konflikten und zur weltweiten Abrüstung einnehmen. Rüstungsexporte werden wir konsequent begrenzen. Wir müssen uns für eine faire Handelspolitik, die Festlegung von ökologischen, sozialen und wirtschaftlichen Mindeststandards sowie die koordinierte Zusammenarbeit zur Begrenzung und Bewältigung des Klimawandels einsetzen, auch auf EU-Ebene.

Mit der Union haben wir einen Koalitionsvertrag ausgehandelt, der Schritte in die richtige Richtung erkennen lässt: Klimaschutzgesetz, Digitalsteuer, überarbeitete Mietpreisbremse oder Verbesserungen bei der Rente. Dass in einer Koalition mit der Union nicht mehr zu erreichen ist, hat uns u.a. die Debatte zum Rentenniveau bis 2040 gezeigt. Umso bedeutender ist, dass wir nun mit Tempo unsere grundsätzlichen Positionen formulieren. Mir ist persönlich wichtig, dass sich viele Genossinnen und Genossen am Erneuerungsprozess beteiligen. In unseren Köpfen schlummern viele gute Vorschläge, sie warten nur darauf, in gemeinsamen Diskussionen geborgen zu werden. Mit guten Ideen für die Zukunft können wir die Bürgerinnen und Bürger zurückgewinnen. Wir alle haben es jetzt in der Hand.

Matthias Miersch

Bundestagsabgeordneter seit 2005 für den Wahlkreis Hannover-Land II (südliche Region Hannover), Umweltpolitiker und stv. Vorsitzender der SPD-Bundestagsfraktion, Sprecher der parlamentarischen

Ein kritischer Blick – Fragen an Heiko Geiling

Prof. Dr. Heiko Geiling i. R. hat an der Leibniz Universität Hannover politische Soziologie gelehrt. Er war schon mehrmals bei uns im Ortsverein im Rahmen von Wahlanalysen u.ä. als Referent oder Teilnehmer von Diskussionen eingeladen. Wir haben Heiko Geiling einige Fragen gestellt.

1. Die Volksparteien sind in der Krise. Nach der SPD hat diese auch CDU und CSU erreicht, wie die Wahlergebnisse zeigen. Haben Volksparteien und gerade auch die SPD noch eine Zukunft?

Unsere beiden Volksparteien schwächeln, weil sie an politischer Integrationskraft verloren haben mit ihrer Fixierung auf das Phantom der ominösen gesellschaftlichen Mitte. Diese Mitte erlaube es angeblich nicht, über den Status quo hinaus sich politisch zu bewegen, Zielvorstellungen oder gar Utopien in die öffentlichen politischen Diskurse einzubringen, um daran politische Maßnahmen anzuschließen. Unsere Volksparteien scheinen nicht mehr zu agieren, sondern nur noch zu reagieren. Das ist jetzt etwas ungerecht zugespitzt formuliert, erklärt aber, dass ein Großteil der Wählerschaft nicht weiß, wofür die Volksparteien, und dabei insbesondere die SPD, noch stehen. Für eine traditionsreiche und ehemals für reformistische politische Projekte mobilisierungsfähige Partei wie die SPD ist dies ein Schlag in die Magengrube. Peter von Oertzen, der in Hannover noch bekannt sein dürfte als "demokratischer Sozialist in der SPD", verwies zu seiner Zeit in den 1970-er Jahren immer wieder darauf, dass die

SPD weder als "Allerweltpartei" noch als "dogmatische Sektenpartei", sondern nur als "offene demokratische Volkspartei" politische und gesellschaftliche Mehrheiten für ihre Wert- und Zielvorstellungen gewinnen könne. So wie es dabei der SPD gelinge, ihre vor allem sozialstaatlich interpretierten Grundwerte in die Vielfalt der eigenen Partei und der Gesellschaft politisch glaubwürdig zu vermitteln, würden ihre Chancen politischer Mobilisierung und Mehrheitsfähigkeit unvermeidlich anwachsen. Nur mit diesem werteorientierten politischen Gestaltungswillen könne sich die SPD von Allerwelts- und Kleinparteien unterscheiden. Dem muss ich heute noch unbedingt zustimmen, zumal politischer Gestaltungswille ohne Grundwerte, wie wir es in der Ära der Kanzlerschaft von Gerhard Schröder erlebt haben, zum aktuellen Desaster der SPD geführt hat. Wenn schon der ehemalige SPD-Kanzlerkandidat Steinbrück wie jüngst in der Süddeutschen Zeitung davon spricht, sich für seine Partei "eine Person wie Bernie Sanders, nur 30 Jahre jünger" zu wünschen und selbst die aktuelle SPD-Vorsitzende Andrea Nahles sich für einzelne Aspekte der neoliberalen Politik ihrer Partei seit 2003 öffentlich schämt, bin ich mit Sicherheit nicht allein mit der Frage, warum sich die SPD nicht endlich wenigstens von Hartz IV / Agenda 2010 symbolisch und programmatisch distanziert. Dies wäre zumindest ein demonstrativer Schritt in Richtung eines "glaubwürdigen" Erneuerungsprozesses, der dem "Markenkern" der SPD wieder ein Gesicht geben könnte.

2. Die SPD hat vor Monaten einen "Erneuerungsprozess" gestartet. Was müsste deiner Meinung nach erneuert werden und was sollte auf jeden Fall beibehalten werden?

Wie schon erwähnt, muss eine Partei wie die SPD ihren Anspruch als Volkspartei wieder selbstbewusster vertreten und insbesondere darauf

verweisen, dass nur eine offene demokratische Volkspartei in der Lage ist, Gesellschaft als Ganzes bzw. in ihren Zusammenhängen politisch wahrzunehmen, zu gestalten und zu repräsentieren. Gelingt ihr dies, wachsen ihre Chancen parteipolitischer Mobilisierung. Mobilisierung als Voraussetzung zur Stärkung politischer Machtchancen vollzieht sich jedoch auf mindestens drei miteinander verwobenen Ebenen, an die sich die SPD wieder erinnern sollte:

a) Mobilisierung erfolgt über parteipolitische Präsenz im gesellschaftlichen Alltagsleben, insbesondere auch in der Kommunalpolitik, ohne dabei mit vorgestanzten Phrasen den Menschen die notwendige Zeit für ihr Leben zu stehlen. Gesellschaftlich-politische Diskurse und Beteiligung vor Ort müssen sich inhaltlich wie organisatorisch den Anforderungen des mittlerweile veränderten Alltagslebens der Menschen anpassen.

b) Mobilisierung gelingt über Kooperation mit anderen intermediären Einrichtungen, wie Vereine, Verbände, Religionsgemeinschaften, Gewerkschaften, kulturelle Initiativen und soziale Bewegungen. Es reicht als "Volkspartei SPD" nicht aus, sich selbst zu mobilisieren, sondern sie muss das soziale Kapital bzw. Vertrauen anderer Repräsentanten der Gesellschaft über nachhaltige Diskursfähigkeit und Solidarität gewinnen, weil diese oft näher am Alltagsleben der Menschen sind als es eine Partei überhaupt schaffen kann.

c) Mobilisierung setzt grundsätzlich voraus, dass Kultur und Kommunikation in einer Volkspartei keinen selbstbezogenen und damit exklusiven Charakter annimmt. Über Offenheit, Widersprüche, Projekte und Experimente auf Basis sozialdemokratischer Grundwerte muss die SPD über sich hinaus attraktiver werden für unterschiedliche Persönlichkeiten als Mitglieder und Repräsentanten, die nicht nur ihre Mandate aussitzen

wollen, sondern die politisch gestalten wollen. Beispiele für die Öffnung der Partei auf neuen Wegen finden sich in den Kampagnen von Bernie Sanders und Jeremy Corbyn. Natürlich sind diese nicht umstandslos zu übernehmen. Aber allein die Vorstellung, dass in der Berliner SPD-Zentrale 100 sogenannte "Influencer" freiwillig die sozialen Medien im Interesse der Partei bespielen, finde ich schon ziemlich reizvoll.

3. Wie kann die SPD sich in der Koalition besser positionieren? Der Koalitionsvertrag sieht viel aus unserer Sicht positives vor. Gleichzeitig nimmt dies keiner wahr, merkwürdige Streitigkeiten überwiegen.

Das Dilemma Großer Koalitionen besteht für den Juniorpartner, also für die SPD, darin, dass ihre Leistungen nicht am durchaus vorzeigbaren Kompromiss des Koalitionsvertrags gemessen werden, sondern an ihren programmatischen Aussagen und Vorhaben, die von der SPD vor der Zeit des Koalitionsvertrags geäußert wurden. Zudem sind an einem Kompromiss mindestens zwei Parteien beteiligt, so dass die Kanzlerin-Partei Erfolge der SPD immer auch für sich beanspruchen kann. Dem Juniorpartner helfen in dieser Situation nur klare rote Linien, deren Übertretung durch die Unionsparteien zu konsequenter Aufkündigung der Koalition führen sollte.

4. Die SPD-Ortsvereine sind als Basisgliederung die erste Anlaufstelle für BürgerInnen und neue Mitglieder. Wie müssten sich diese aufstellen, um attraktiv zu sein?

Die Ortsvereine sind von großer Bedeutung für die SPD, weil ohne sie eine "offene demokratische Volks-

partei" gar nicht vorstellbar wäre. Sich der gesellschaftlichen Vielfalt gegenüber vor Ort zu öffnen, heißt heute jedoch mehr denn je, auf diese zuzugehen und an ihren Projekten und Diskursen teilzunehmen, kurz: rausgehen und sich produktiv einmischen, statt im lokalen SPD-Büro vergeblich auf sie zu warten. Ich habe mich auch immer gefragt, warum Sitzungen der Ortsvereine nicht mit attraktiven kulturellen und politischen Angeboten für die lokale Öffentlichkeit verbunden werden können. Und selbst SPD-Mitglieder möchten doch auch gern zu interessanten Sitzungen kommen.

Aus dem Landtag

Liebe Genossinnen und Genossen!

„Sozialdemokraten leben von der Hoffnung, dass sie die Gesellschaft reformieren und Zukunft gestalten können. Sie wissen, dass eine Gesellschaft ohne Fähigkeit zur Reform verkümmern muss. Sie kennen auch die Grenzen, die sie sich selbst oder die andere ihnen setzen,“ so Willy Brandt bei seiner Abschiedsrede als Parteivorsitzender am 14. Juni 1987.

Mehr werde ich zur Situation der SPD hier nicht schreiben. An anderer Stelle im WORTlaut ist dazu bereits ausführlich Stellung genommen worden.

Seit nun etwas mehr als einem Jahr bin ich der direktgewählte Landtagsabgeordnete im Wahlkreis Hannover-Mitte und in dieser Zeit ist schon einiges passiert. Besonders stolz bin ich auf einen großen Meilenstein, den wir mit der Regierungskoalition umsetzen konnten: Die Abschaffung der Kita-Gebühren! Seit dem 1. August zahlen Eltern in ganz Niedersachsen keine Kita-



Alptekin Kirci

Beiträge mehr für den Betreuungsplatz ihrer Kinder. Damit haben wir nicht nur ein ganz zentrales Wahlversprechen eingelöst, sondern sind vor allem einen weiteren großen Schritt in Richtung kostenloser Bildung vorangekommen.

Mit dem Haushalt 2019 investieren wir mehr als 1,2 Milliarden Euro in die frühkindliche Bildung. Darin enthalten sind unter anderem erhebliche Mittel für die Beitragsfreiheit an den niedersächsischen Kindergärten sowie Maßnahmen zur Verbesserung der Qualität der frühkindlichen Bildung. Dazu gehören auch Mittel für den Wegfall des Schulgeldes in der Erzieher*innenausbildung.

Unsere sogenannte „Politische Liste“ der SPD- und CDU-Fraktionen umfasst dabei einen Maßnahmenkatalog mit einem Gesamtvolumen von rund 60 Millionen Euro für das Haushaltsjahr 2019. Herausgekommen ist ein Katalog von Maßnahmen und Projekten, die die Innere Sicherheit, den gesellschaftlichen Zusammenhalt und die Zukunftsfähigkeit Niedersachsens stärken werden. Drei Projekte im Bereich der Inneren Sicherheit, der Sozial- und der Kulturpolitik möchte ich hervorheben: Mit 200 zusätzlichen Anwärterstellen für unsere

für eine bessere personelle Ausstattung der Sicherheitsbehörden ein und sorgen dafür, dass Niedersachsen ein sicheres Bundesland bleibt. Ein weiteres Herzensanliegen ist uns der Einstieg in die Schulgeldfreiheit bei den Gesundheitsfachberufen. Damit leisten wir einen effektiven Beitrag zur Bekämpfung des eklatanten Fachkräftemangels in diesem Bereich. Kultur darf für uns Sozialdemokrat*innen kein Randthema in unserem Land sein. Daher haben wir beschlossen, die kulturellen Einrichtungen in Niedersachsen mit rund 8,6 Millionen Euro zu fördern. Davon alleine 3 Millionen für die kommunalen Theater. Wir schaffen mit diesen Förderungen den Raum für kulturelle Vielfalt und stärken damit auch die Bildung in Niedersachsen.

Im Dezember werden wir den Haushalt abschließend beraten und beschließen.

In diesem Herbst thematisiere ich gemeinsam mit den Ortsvereinen das Thema Obdachlosigkeit. Dazu haben wir im November Infostände organisiert. In einer Großstadt werden wir Obdachlosigkeit nie ganz verhindern oder beseitigen können. Im Land und in der Stadt arbeiten wir an Konzepten, um Schritt mit den Herausforderungen wie wachsender Wohnungsnot, bezahlbarer Wohnraum, studentischem Wohnen, Zuzug von EU-Ausländern und der Unterbringung von Geflüchteten zu halten. Besonders geht es mir darum, dass die Gesellschaft einen Weg findet, Berührungspunkte zu verlieren und Empathie zu zeigen. Um die Menschen vom Rand in unsere Mitte zu holen, benötigen wir neben staatlicher Hilfe, eigene Initiativen und ein Engagement für diese Menschen. Gemeinsam mit der Diakonie Hannover arbeite ich zurzeit an einem großen Projekt für die medizinische Versorgung von obdachlosen Menschen in meinem Wahlkreis. Ein Wohnzimmerkonzert im Kaufhaus König am 14. Dezember um 20:00 Uhr wird den Startschuss für dieses besondere Projekt,

dessen Schirmherrschaft ich übernommen habe, mit prominenten Künstler*innen geben. Die Karten können seit dem 3. Dezember im Kaufhaus König für fünf Euro erworben werden. Der Betrag geht zu 100% in die Obdachlosenhilfe.

Neben der ganzen Arbeit im Parlament, liegt mir der Austausch mit den Menschen in meinem Wahlkreis am Herzen. Daher habe ich beschlossen, im neuen Jahr ein Bürger*innenbüro im Wahlkreis zu eröffnen. Das Bürger*innenbüro liegt direkt an der Lister Meile, hat aber die Anschrift Wedekindstr. 2 in 30161 Hannover. Ich freue mich auf Euren Besuch! Mein Wahlkreisbüro im Kurt-Schumacher-Haus wird es daher nicht mehr geben.

Mit solidarischen Grüßen

Euer Alptekin

Mehr als 10 Millionen Euro für eine starke Stadtgesellschaft

Die diesjährigen Haushaltsberatungen können mit Blick auf die erzielten Ergebnisse für die SPD als großer Erfolg verbucht werden. So werden zusätzlich 1,5 Millionen Euro in den sozialen Wohnungsbau investiert (Anstieg der Belegrechte bei Neubauten auf 30%), Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter von freigemeinnützigen Trägern ab 2020 gerechter bezahlt und der lokale Integrationsplan neu aufgesetzt. Diese Beispiele entstammen drei der ca. 100 erfolgreich eingebrachten HH-Anträge unserer SPD-Fraktion. Da diese hier nicht einzeln wiedergegeben werden können, verweise ich auf die Drucksache 1297/2018 (Anlage 1 - <https://e->

government.hannover-stadt.de/lhhsim-
webre.nsf/DS/1297-2018E1N1) und möchte zugleich
die maßgeblich von mir zu verantwortenden Anträge
aus dem Jugendhilfebereich näher vorstellen.

Als jugendpolitischer Sprecher unserer Fraktion habe
ich als erster bereits vor der Sommerpause mit den
Haushaltsberatungen begonnen. Nach intensiven De-



Christopher Finck

batten der rund 180 einge-
reichten Anträgen mit der
Jugend AG im Rathaus,
den vielfältigen persönli-
chen Austauschen mit Zu-
wendungsempfängern und
der Jugendverwaltung wur-
den knapp 40 Anträge bei
der zweitägige Haushalts-
klausur im Oktober in
Braunschweig zur Abstim-
mung gestellt. Nach den

anschließenden Verhandlungen mit den Bündnispart-
nern von Grünen und FDP können sich die Ergebnisse
für den Jugendhilfebereich wirklich sehen lassen. Erst-
mals seit über zehn Jahren konnten zusätzliche Mittel
in Höhe von rund einer Million Euro pro Jahr für den
Jugendbereich in den Haushalt eingestellt werden. Vier
zentrale Vorhaben möchte ich besonders hervorheben:

Wir stellen die Bedürfnisse von Kindern und Jugendli-
chen wieder stärker in den Mittelpunkt unserer Politik
und führen 2019 erstmals eine stadtweite Jugendbefra-
gung an allen weiterführenden Schulen durch. Hierauf
aufbauend wollen wir die bestehenden Angebote über-
prüfen und zukünftig bedarfs- und zielgerecht an den
Interessen junger Menschen ausrichten (200.000 €).

Wir richten in 2019 ein neues zentrales Jugendbeteili-
gungsbüro ein, fördern mehr Jugendverbände und
stärken den Stadtjugendring in Hannover. Durch das

Beteiligungsbüro wollen wir die Interessen und Bedarfe junger Menschen systematisch in Verwaltung und Stadtgesellschaft integrieren. Kinder und Jugendliche sollen die Möglichkeit erhalten ihre Ideen und Partizipationswünsche selbstständig durchzusetzen. Hannover wird sich damit bundesweit als jugendgerechte Kommune etablieren und die aktive Teilhabe und Selbstorganisation von Jugendlichen fördern. Zudem soll die Beteiligung von Kindern und Jugendlichen künftig in allen Verwaltungsvorhaben, ähnlich einem „Jugendcheck“, von Anfang an mitgedacht werden (ca. 350.000€).

Wir wollen Kinder stark machen und einen aktiven Beitrag zur Bekämpfung von Kinderarmut leisten. Hierzu werden wir die Schlüsselinstitution „Familienzentren“ und die dort durchgeführten und wirksamen Programme („Gemeinsam Wachsen, Rucksack, Stadtteil-mütter“) mit bis zu 270.000 € weiter stärken. Wir erfüllen damit auch direkt ein Wahlversprechen aus dem Kommunalwahlprogramm 2016 und leisten unserer Kampagne „Gemeinsam Chancen schaffen – Bekämpfung von Kinderarmut“ bereits kräftig Vorschub.

Als wichtigste Errungenschaft der diesjährigen HH-Beratungen werte ich die Dynamisierung von Personalkosten aller freien und gemeinnützigen Träger in Hannover ab 2020 und die Pauschalerhöhung um 1,5 % im nächsten Jahr. Unser sozialpolitischer Sprecher Robert Nichols und ich haben diese Forderung im Vorfeld der Beratungen klar und deutlich formuliert und auf der Haushaltsklausur (kurz nach Mitternacht) als zentrale Forderung bekräftigt. Der soziale Zusammenhalt unserer Stadt basiert maßgeblich auf dem Engagement der vielen Vereine, Verbände und Initiativen. Die gedeckelten Zuwendungen der letzten Jahre führten zu stagnierenden Gehältern, teils existenzbedrohenden Angebotsabbau oder immer schwierigeren Personalsituationen. Mit der Dynamisierung

können die gemeinnützigen Träger wieder Hoffnung für die Zukunft schöpfen und sich stärker auf den Zusammenhalt unserer Stadtgesellschaft im Kleinen wie auch im Großen konzentrieren.

Bei unserer nächsten OV-Sitzung am 10.01. um 19:30h im FZH Vahrenwald möchte ich gerne die Gelegenheit nutzen und die zentralen Haushaltspunkte, auch im investiven Bereich, vorstellen. Und zum Schluss noch eine gute Nachricht: Aufgrund der absoluten Rekordinnahmen im Bereich der Gewerbesteuern (knapp 780 Millionen EURO) wird der Haushalt 2018 voraussichtlich mit einer schwarzen Null enden, auch das lässt für mehr Gestaltungskraft für die Zukunft unserer Stadt hoffen.

Christopher Finck

310 Jahre SPD Mitgliedschaft



Am Samstag den 27.10.2018 hat der Ortsverein seine langjährigen Mitglieder geehrt. 11 Jubilare und ca. 50 Gäste haben an der Jubilarehrung im Novotel teilgenommen, für welche wir den SPD Landesvorsitzenden und Ministerpräsidenten Stephan Weil als Laudator gewinnen

konnten. Im Anschluss an seine Rede nahm Stephan gemeinsam mit dem Ortsvereinsvorsitzenden Thilo

Scholz die Ehrung der Jubilare vor. Traditionell übernahm der Ortsvereinschor „ROTheute“ unter der Leitung von Fuluk Liu-Rüsch die musikalische Begleitung. Im Anschluss an das gemeinsame Kaffee trinken ließen uns Petra Himstedt, Hans-Jürgen Meißner und Walter Richter an einigen Anekdoten aus ihrer SPD Mitgliedschaft teilhaben.



Für zusammen 310 Jahre SPD Mitgliedschaft wurden geehrt:

Für 10 Jahre: Jochen Giese, Thorsten Tellmann und Jana Zimmer

Für 25 Jahre: Petra Himstedt, Florian Körber, Irmgard Reim und Ali Türk

Für 40 Jahre: Hans-Jürgen Meißner und Gabriele Thies

Für 50 Jahre: Peter Issberner und Walter Richter

Aus der Bezirksratsfraktion

Ende Oktober war die Bezirksratsfraktion zu Gast in der Grundschule Mengendamm. Eines der großen Probleme wurde uns vor Ort wirkungsvoll präsentiert: Die Toiletten der Jungen - wie soll ich es scheinbar,



Thomas Bechinie

ohne, dass Dir schlecht wird? Die Geruchsbelästigung war unerträglich! In den Mädchentoiletten ist die Raumbelichtung derart ungünstig installiert, dass die Kabinen dunkel sind, wenn deren Tür geschlossen

ist. Die Folge ist, dass die Mädchen aus Angst nicht auf die Toilette gehen. Für uns war klar, dass hier schnell Abhilfe geschaffen werden muss und nicht erst auf den Sanierungstermin 2023 gewartet werden kann! In einem Dringlichkeitsantrag der SPD-Fraktion wurde auf die "unerträglichen Zustände" hingewiesen und sofortige Abhilfe gefordert. Der Antrag wurde schließlich von allen Parteien einstimmig beschlossen. Ein Anruf beim Gebäudemanagement sollte unser Anliegen und die Dringlichkeit nochmals unterstreichen und man versprach uns, tätig zu werden. Umso schöner ist die Mail, die uns Ende November vom Elternrat erreichte: "Zur Info und nochmals vielen Dank für Euren Einsatz. Klasse, dass tatsächlich so zügig Maßnahmen ergriffen werden." Die Verwaltung hat sich unverzüglich mit der Schulleitung in Verbindung gesetzt und ein ganzes Bündel von Sofortmaßnahmen angekündigt, die hoffen lassen, dass unsere Kinder in dieser Grundschule bald wieder vernünftige Toiletten nutzen können. So macht Politik Spaß, wenn man sieht, dass Initiative Verbesserungen schafft und das Zusammenspiel zwischen Eltern, Politik und Verwaltung dann auch vorbildlich funktioniert.

Der Beirat "Wissenschaftliche Betrachtung namensgebender Persönlichkeiten in Hannover" hat den Bezirksratsfraktionen erstmals Ende 2015

20

Ausgabe 4/2018

Lokal - Sozial - Engagiert
WORTlaut
Das Dialogmagazin der SPD Hannover e.V.

ein umfangreiches Zwischenergebnis seiner Arbeit vorgestellt und empfahl die Umbenennung von zehn Straßen, unter anderem der Fritz-Beindorff-Allee in unserem Stadtbezirk Vahrenwald-List. Inzwischen liegt der Schlussbericht vor, in dem der Name erneut bestätigt wird. Ein Vorstandsmitglied der Pelikan AG beklagte sich seinerzeit darüber, dass "Fritz-Beindorff öffentlich an den Pranger gestellt wird, ohne dass die Firma oder die Angehörigen eine Chance zur Stellungnahme bekommen haben." Daraufhin hat die SPD-Fraktion Kontakt zur Firmenleitung der Pelikan AG, zur Familie Beindorff und zu einem stadtbekanntem Historiker aufgenommen. Nach vielfachen Gesprächen und dem Vorschlag, mit dem Historiker in die Archive der Pelikan AG zu gehen, beschloss der Vorstand der Pelikan-AG eine Studie in Auftrag zu geben, die Anfang dieses Jahres mit dem Titel: „Tinte und Blech, Eine Pilotstudie zu Fritz Beindorff (1860 – 1944) und den Günther Wagner Pelikan- Werken im Nationalsozialismus“ von Annemone Christians erschienen ist und den Bezirksratsfraktionen vorgestellt wurde. Diese Studie sollte das Leben und Wirken des Fabrikanten und Firmengründers untersuchen und konkrete Fakten liefern, ob und ggf. wie weit der Firmengründer und die von ihm geleitete Pelikan-AG von 1932 – 1944 sich in die nationalsozialistische Herrschaft eingefügt, diese unterstützt haben und für Verhalten und Handlungen verantwortlich sind, die gegen eine Ehrung von Fritz Beindorff durch die Benennung einer Straße im Bezirk Vahrenwald-List sprechen. Die Autorin konnte anhand der ihr zur Verfügung stehenden Quellen und Dokumente einige relevante Aussagen zur persönlichen Haltung von Fritz Beindorff zu Adolf Hitler, der NSDAP und zum nationalsozialistischen Funktionärs- und Machtapparat machen, auch zur Beschäftigung und Behandlung von Zwangsarbeiterinnen und -arbeitern und zum Erwerb ehemals jüdischer Firmen in Polen,

Tschechien und der Ukraine, die auf eine schuldhafte Verstrickung in den nationalsozialistischen Herrschaftsapparat hinweisen bzw. diese andeuten.

Die Autorin weist in der Studie aber darauf hin, dass wichtige Dokumente, die eine aktive Unterstützung im Nationalsozialismus zweifelsfrei belegen könnten, schon im Krieg, vor allem aber unmittelbar nach dem Krieg und in der folgenden Zeit vernichtet wurden oder verschwanden. Somit seien ihre Aussagen und Darstellungen in der Vorstudie nicht in allen Teilen mit belastbaren Fakten zu belegen und eine eigentlich erforderliche Hauptstudie wohl nicht mehr realisierbar. Die SPD-Bezirksratsfraktion war daher der Auffassung, dass die vom Beirat vorgelegten Ergebnisse mit einer Empfehlung, eine Umbenennung der nach Fritz Beindorff benannten Allee wegen dessen „Beteiligung an Verbrechen gegen die Menschlichkeit und aktiver Mitwirkung am Unrechtssystem“ und die belastbaren Fakten der Studie insgesamt nicht ausreichen, um eine Umbenennung zu rechtfertigen und einzuleiten. Die SPD-Fraktion konnte daher dem Gutachten der Kommission bzw. des Beirats nicht folgen und erklärte in der November-Sitzung des Bezirksrates, dass sie keinen Antrag zur Umbenennung stellen oder unterstützen würde. Angesichts des großen Leids, das vielen Zwangsarbeiterinnen und -arbeitern in den Fabriken der Pelikan-AG und vor allem in den „Arbeits- und Erziehungslagern“ in Hannover angetan wurde und der nachgewiesenen Verschleppung und Ermordung von Zwangsarbeiterinnen der Pelikan-AG in Konzentrationslagern, beantragte die SPD-Fraktion, in unmittelbarer Nähe des Lagers an der Podbielskistr. oder direkt auf dem ehemaligen Lagergelände eine gut sichtbare Gedenktafel oder einen Gedenkstein aufzustellen, um die Erinnerung an dieses menschenverachtende Un-

recht wachzuhalten und die Bürger in der List zu mahnen, wachsam zu bleiben und sich neo-nazistischen Umtrieben aktiv entgegenzustellen.

Thomas Bechinie

„Wetten dass... der Mittellandkanal zufriert?“

Am 6. Januar 2019 findet zum zwölften Mal die Eiswette am Mittellandkanal statt. Die Mitglieder der SPD-Ortsvereine List-Nord, Vahrenheide-Sahlkamp und Vahrenwald-List und interessierte Bürgerinnen und Bürger wetten, ob der Mittellandkanal zufriert.

Mitten im Winter feiern und grillen wir gemeinsam mit vielen Interessierten am Mittellandkanal auf dem Gelände der Kanu Gemeinschaft List. In diesem Rahmen prüft eine prominente Person die Festigkeit der Eisschicht: Der Kanal gilt als zugefroren, wenn eine tragfähige Eisschicht (75kg/qm) im Uferbereich besteht. - Lassen wir uns also überraschen! Für das leibliche Wohl, Unterhaltung und Livemusik ist dabei immer gesorgt. Beginn ist um 11 Uhr, das Ende gegen 13 Uhr.

Mit dem beiliegenden Wettschein und einem Wetteinsatz von 5€ nehmt ihr an der Wette teil und unterstützt mit dem Wetteinsatz besonders förderungswürdige Projekte, die im Bereich der Kinder- und Jugendarbeit im Nordosten Hannovers aktiv sind. Unter den Teilnehmenden an der Eiswette mit der richtigen Antwort (auf / zu) werden in jedem Jahr attraktive Preise ausgelost. Eine Informationsfahrt zum Deutschen Bundestag, ein Gutschein für einen GOP-Besuch, eine Jahreskarte für den Zoo Hannover und vieles mehr.

Daher füllt schnell den Wettschein aus und gebt diesen mit 5€ im BürgerInnen Büro von Kerstin Tack (Im Kreuzkampe 1) ab oder überweist 5 € auf das Konto

des SPD Ortsvereins Vahrenwald-List (Sparkasse Hannover IBAN: DE31 2505 0180 0000 5861 02) und gebt eure Adresse und Stichwort ZU oder AUF an.

Weitere Wettscheine erhaltet ihr im BürgerInnen Büro von Kerstin Tack oder bei Friedrich Himstedt (himstedt.f@gmail.com).

Cornelia Walter

Einladungen und Termine

Offene Vorstandssitzungen: 10.01. 14.02., 14.03., 11.04., 09.05. – jeweils um 19:30 Uhr im FZH Vahrenwald

AK Kommunales: jeden 2. Mittwoch im Monat, 19:00 Uhr in der Tagesförderstätte (Voßstr. 47 – Eingang über die Jakobistr.)

19.12., 19:00 Uhr: Projektgruppe Wohnen (s.u.), Tagesförderstätte (Voßstr. 47 – Eingang über die Jakobistr.)

03.01., 11:00 Uhr: Verteilung eines Neujahrsgrußes in der Lister Meile (Ecke Körtingstraße) und am Vahrenwalder Platz (neben der Bäckerei Kasper)

06.01., 11:00 Uhr: Die Eiswette am Mittellandkanal (Kanu Gemeinschaft List, Lister Damm 67)

07.01., 20:00 Uhr: Gemeinsame Mitgliederversammlung der Ortsvereine im Bundestagswahlkreis von Kerstin Tack – Gäste: Dr. Matthias Miersch und Kerstin Tack, voraussichtlich in der IGS List, Röntgenstr. 6

24.01., 19:00 Uhr: Mitgliederversammlung (s.u.)

16.02., 10:00 bis ca. 15:00 Uhr: Klausurtagung (Vorbereitung Europawahlkampf u.a. Themen), ev.-luth. Heilig-Geist-Gemeinde, Plüschowstr. 6

04.05., 9:30 Uhr: Frühstück mit dem Europaabgeordneten Bernd Lange (gemeinsam mit der SPD List-Nord u.a.), AWO-Familienzentrum Gottfried-Keller-Str. 13

Projektgruppe Wohnen am 19.12.

19:00 Uhr Tagesförderstätte (Voßstr. 47 – Eingang über die Jakobistr.)

Wohnen ist ein Schlüsselthema für die Stadtgesellschaft. Der OV hat deshalb eine Projektgruppe "Wohnen" eingesetzt, die sich am 19.12. mit der wohnungsbaupolitischen Sprecherin der SPD-Regionsfraktion Elke Zach trifft. Koordiniert wird die Projektgruppe von Kevin Schulz, bei dem auch weiterführende Informationen eingeholt werden können (E-Mail: kev-s@gmx.de).

Mitgliederversammlung am 24.01.2019

19:00 Uhr, ev.-luth. Heilig-Geist-Gemeinde, Plüschowstr. 6

Vorläufiger Ablauf:

1. Eröffnung und Begrüßung
2. Formalia
3. Wohnen in Hannover – Vortrag von Randolph Fries, Geschäftsführer des Deutschen Mieterbundes Hannover e. V. – anschließend Aussprache
4. Wahl einer Beisitzerin für den Vorstand
5. Wahl von 10 Delegierten und Ersatzdelegierten für den UB-Parteitag am 27.04.
6. Wahl von zwei Delegierten für den Bezirksparteitag
7. Nominierungen: UB-Vorstand, Delegiertenvorschläge für den Landes- und Bundesparteitag
8. Anträge

9. Verschiedenes

Hinweis: Es wird keine weitere Einladung mit der Post verschickt.

OV-Klausur am 16.02.2019

10:00 bis ca. 15:00 Uhr, ev.-luth. Heilig-Geist-Gemeinde, Plüschowstr. 6

Themen:

1. Sozialbericht 2018 – soziale Lagen, Stadtteile und Generationen in Hannover
2. Vorbereitung des Europawahlkampfes
3. Weiterentwicklung des Leitbildes des OV

Anmeldungen bitte richten an Thilo Scholz, Mobil 0151/64 60 55 43, E-Mail thiloscholz@yahoo.de

Weitere Termine auf der Homepage: https://spd-vahrenwald-list.de/_termine/

Kontaktdaten OVV Vahrenwald-List

Stand: 01.12.2018

In der Download-Version entfernt.

Ortsverein im Internet: www.spd-list-vahrenwald.de
und unter Facebook (Suchbegriff SPD Vahrenwald-List)

Impressum

Verantwortlich im Sinne des Presserechts: Thilo Scholz, Vorsitzender SPD-Ortsverein Vahrenwald-List, Odeonstraße 15 /16, 30159 Hannover

E-Mail: info@spd-list-vahrenwald.de

Redaktion: Matthias Kappey (kappey@web.de), Thilo Scholz und Cornelia Walter (corwaller@gmx.de)

Layout und Satz: Matthias Kappey

Druck: SPD-Druckerei, Odeonstraße 15/16, 30159 Hannover

Auflage: 490 Exemplare

Redaktionsschluss dieser Ausgabe: 07.12.2018

Die nächste Ausgabe erscheint voraussichtlich im Frühjahr 2019.

DIE EISWETTE AM KANAL

„Wetten, dass...“ ...der Mittellandkanal zufriert?

Mitwetten, gewinnen und Jugendprojekte mit fünf Euro unterstützen!

**Sonntag, 6. Januar 2019 ab 11:00 – ca. 13.00 Uhr
auf dem Gelände der
Kanu-Gemeinschaft List am Lister Damm 67**

Mit dem Erlös der Eiswette fördern wir Kinder- und Jugendprojekte. Sie können uns dabei unterstützen, indem Sie für fünf Euro einen Wettschein kaufen. Mitten im Winter feiern und grillen wir am Kanal. In diesem Rahmen wird die Festigkeit der Eisschicht geprüft. Wir lassen uns überraschen. Für das leibliche Wohl, Unterhaltung und Livemusik ist dabei gesorgt.

Unter den Teilnehmerinnen und Teilnehmern an der Eiswette mit der richtigen Antwort werden in jedem Jahr attraktive Preise ausgelost: eine Informationsfahrt zum Deutschen Bundestag, ein Gutschein für einen GOP-Besuch, eine Jahreskarte für den Zoo Hannover und vieles mehr.

Hier können Sie Wettscheine erwerben:

<p>■ BürgerInnenbüro Kerstin Tack MdB Im Kreuzkampe 1 Telefon: 0511 69 98 05</p>	<p>■ oder durch Überweisung: Konto des SPD Ortsvereins Vahrenwald-List Sparkasse Hannover IBAN: DE31 2505 0180 0000 5861 02 BIC: SPKHDE2HXXX Bitte angeben: Adresse und Stichwort ZU oder AUF</p>
--	---

Ausgefüllte Wettscheine können auch per Post zugesandt werden:
BürgerInnenbüro Kerstin Tack MdB | Im Kreuzkampe 1 | 30655 Hannover

Mit freundlicher Unterstützung von



**Werbeagentur
NaKnod**
Kreativ • kompetent • Knud

**RR Reisen
Henno Hoops**



Herzlichen Glückwunsch für die Teilnahme! Foto: Cornelia Walter | 130177 Hannover